

– **Mündlich**, also in der nächsten Sitzung.

Mündliche Anfrage 9

des Herrn Abgeordneten Engel von der Fraktion der FDP.

(Zuruf von der SPD: Der ist schon zu Hause!)

Herr Engel ist nicht da. Aber ich denke, Herr Witzel kann die Frage beantworten, ob es schriftlich beantwortet werden darf.

(Ralf Witzel [FDP]: Der Kollege Engel hat mich gebeten und beauftragt, für beide Mündlichen Anfragen, die er gestellt hat, hier mitzuteilen, dass er sie gern in der nächsten Fragestunde behandelt haben möchte!)

– Danke, Herr Witzel. Also **mündlich**.

Also rufe ich auch die

Mündliche Anfrage 10

auf und erkläre, dass sie ebenfalls **mündlich** beantwortet wird.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 11

von Frau Pieper-von Heiden von der Fraktion der FDP. Sind Sie mit der schriftlichen Beantwortung einverstanden?

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich hätte gern eine mündliche Beantwortung, Frau Präsidentin!)

– Danke sehr, also in der nächsten Sitzung **mündlich**.

Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet. Ich **schließe** die **Fragestunde**.

Wir kommen zu

6 Ganztagsangebot bedarfsgerecht weiter ausbauen – Flexibilisierung an weiterführenden Schulen ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/218

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die antragstellende Fraktion Frau Pieper-von Heiden.

(**Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg**)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlen sprechen für sich: Ganztags an 95 % der Gesamtschulen, an rund 50 % der Hauptschulen, aber nur an gut einem

Fünftel oder – könnte man auch sagen – knapp einem Viertel der Gymnasien und Realschulen. Der Ganztagsausbau muss nach Auffassung der FDP beherzt weitergehen, aber eben nicht zuerst an den Schulformen, die bereits zu fast 100 % im Ganztags sind. Es kann nicht sein, dass die Ganztagsprivilegien der Gesamtschulen wieder eingeführt werden. Es ist zutiefst unfair, wenn Sie als Lockmittel für Ihre sogenannte Gemeinschaftsschule einen automatischen Ganztags versprechen.

Meine Damen und Herren, unter FDP-Regierungs-beteiligung haben wir mit der Hauptschuloffensive und der Ganztagsoffensive für Realschulen und Gymnasien einen in NRW einzigartigen Schub für den Ganztags ermöglicht. Wir haben die Schulformen ausgebaut, die SPD und Grüne neben den Hauptschulen jahrelang vernachlässigt haben. Der Ausbau von 216 Schulen spricht für sich.

Aus den Kommunen hören wir aber auch, wo es hakt. An vielen Schulen gibt es Eltern, die den Ganztags wünschen. An derselben Schule wünschen sich andere Eltern jedoch weiterhin den Halbtags. Deswegen müssen wir das Ganztagsangebot flexibilisieren. Zukünftig sollte an einzelnen Schulen ein Halbtags- und ein Ganztagsangebot möglich sein. Haben wir beispielsweise an einer Schule vier Züge, können zwei im Ganztags laufen, zwei im Halbtags. Dieses flexible Angebot wünschen sich nämlich viele Eltern. Wir sollten es schnellstmöglich umsetzen.

Bei begrenzten Ressourcen müssen wir den Ganztags zunächst an Gymnasien und Realschulen weiter ausbauen, die nach wie vor im Umfang des Ganztags hinterherhinken: Nur rund 22 % bzw. 23 % werden bislang im Ganztags geführt. Aber die ersten Ankündigungen von Rot-Grün zum Ganztagsausbau sind nichts als ein Revival von Diskriminierung einerseits und Bevorzugung andererseits.

(Beifall von der FDP)

Dabei ist verblüffend, was Rot-Grün plötzlich alles an Gemeinschaftsschulen möglich macht: Alle Gemeinschaftsschulen sollen in der Regel automatisch den Ganztags bekommen, möglichst gebunden, aber auf Wunsch auch als offenes Ganztagsangebot. Wenn es um rot-grüne Lieblingsschulformen geht, ist Ihnen offenbar kein Privileg zu peinlich.

Der Journalist Rainer Burger hat in der „FAZ“ vom 27.09.2010 – nach meiner Auffassung völlig zu Recht – die unfaire Schulpolitik von Grünen und SPD in der Vergangenheit beschrieben und konstatiert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmelzer zulassen?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Am Schluss, bitte. – Ich hole mir gerade vom Präsidenten die Genehmigung für ein Zitat ein. Ich wiederhole, was Rainer Burger in der „FAZ“ gesagt hat:

„Und auch heute zeichnet sich wieder ein gezielt gesteuerter Verdrängungswettbewerb ab.“ – Rot-Grün macht genau da weiter, wo sie bei ihrer Abwahl 2005 aufgehört haben, nur gehen sie dieses Mal noch forscher vor. Der automatische Ganztags für Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen ist der Spiegel für ihr Gerechtigkeitsverständnis.

Das finden wir nicht in Ordnung. Die anderen Schulformen müssen die gleiche Chance haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Schulen finden das in Ordnung!)

Nachdem sie so viele Jahre vernachlässigt worden sind, muss man dort genauso beherzt, zügig und umfassend vorgehen, wie die FDP das in der letzten Legislaturperiode gemacht hat.

Das Schöne an unserem Politikfeld, der Bildungspolitik, ist doch, dass wir um die besten Chancen für Kinder ringen dürfen. Vielleicht sollten Sie sich diesen Gedanken einmal zu eigen machen, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen der Regierungsfractionen. Es ist fraktionsübergreifend unsere Aufgabe, für alle Kinder und Jugendlichen das Beste zu erreichen. Es ist nicht unsere Aufgabe, einige wenige Schüler an bestimmten Schulformen zu bevorzugen und dafür die Mehrheit der Schüler zu diskriminieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Au weia!)

Da müssen Sie wirklich Ihr nach meiner Auffassung doch sehr selektives Gerechtigkeitsverständnis ablegen und die andere Brille aufsetzen.

Meine Damen und Herren, die FDP will den bedarfsgerechten Ganztagsausbau fortsetzen. Den geringsten Ausbaustand haben nach wie vor die Gymnasien und Realschulen. Zwar konnten wir unter unserer Verantwortung in der letzten Legislatur quasi eine Verdoppelung erreichen; das war aber nur ein Anfang. Wir müssen an der Stelle weiter machen und weiter vorankommen.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Wir müssen Ihre Schlamperei ausbaden!)

– Auch andere Schulformen sollen natürlich von mehr Ganztagsangeboten profitieren, Herr Link. Aber dafür müssen wir zunächst den wirklichen Bedarf, nicht den ideologischen Bedarf in den Mittelpunkt stellen. Es darf keinen Automatismus für einzelne Schulformen geben. Ein rot-grünes Ganztagsprivileg für Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen lehnt die FDP entschieden ab.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sören Link [SPD]: Vereinzelter Beifall bei der FDP!)

Frau Ministerin Löhrmann, eines möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: Auch wenn Sie Nebelkerzen werfen, wissen wir doch alle, dass Ihr wahres Ziel nicht 30 %, sondern 100 % Gemeinschaftsschulen in NRW sind. Sollen dann alle Gemeinschaftsschulen automatisch den Ganztags bekommen? Wie, Frau Ministerin, wollen Sie auf diese Weise eigentlich noch dem Elternwillen und den Vorgaben der Verfassung entsprechen, wenn es nach Ihrer Logik gar keinen Halbtags mehr gibt?

Ich bitte Sie, darüber einmal intensiv nachzudenken und tatsächlich ein bisschen gerechter in der Ganztagsfrage vorzugehen, wie wir das in der letzten Legislaturperiode zu heilen versucht haben und uns dies in einem großen Aufschlag gelungen ist.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Jetzt gerne die Zwischenfrage.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Das hat sich erledigt.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Hat sich erledigt? – Prima, wenn das so klar war. Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Wiedon das Wort.

Stefan Wiedon (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist meine erste Rede. Für einen neuen Abgeordneten ist es immer ein Traum, am Freitag zum letzten Tagesordnungspunkt zu sprechen.

(Allgemeiner Beifall)

– Vielen Dank für den freundlichen Applaus. Wenn Sie mir hinterher auch noch applaudieren, hat das Ganze eine schöne Abrundung genommen.

Ganztagschulen, meine Damen und Herren, werden mehr. Das ist unübersehbar. Die Zahl der Ganztagschulen ist in den letzten Jahren in allen Schulformen stetig gestiegen. Bei Grund- und bei Hauptschulen hat sich die Zahl seit 2002 bundesweit verdoppelt. Bei Förderschulen sind es mittlerweile über 60 %. Der alten Landesregierung ist es zu verdanken, dass wir beim Ausbau von Ganztagschulen bei Gymnasien und Realschulen inzwischen bei über 20 % angekommen sind, da diese Schulzweige – das muss man deutlich sagen – durch Rot-Grün vernachlässigt worden sind.

(Renate Hendricks [SPD]: Gucken Sie doch ein bisschen in die Geschichte rein!)

Bei Gesamtschulen beträgt die Quote über 95 %. Heute hat sich die Ganztagschule in Deutschland

etabliert. Sie ist kein bildungspolitischer Streitfall mehr. Sie ist ein Angebot, in dem viel bildungspolitische Erwartung steckt. Das zeigt: Das Bildungssystem entwickelt sich strukturell ständig weiter. Diese Entwicklung ist umso fruchtbarer, je stärker sie sich am konkreten Bedarf vor Ort orientiert. Ganztagschulen sind als Angebot des Landes an die Eltern zu verstehen, die Berufstätigkeit und die Bildung ihrer Kinder vereinbaren müssen.

Die Idee der Ganztagschule ist nicht, Kinder irgendwie zu beschäftigen oder zu versorgen. Die Idee der Ganztagschule ist auch nicht, einfach mehr vom selben zu bieten, nach dem Motto: Viel hilft viel. Die Idee ist vielmehr, Raum für individuelle Förderung zu gewinnen, für Bildung und Erziehung.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Realisierung von Ganztagschulen liegt in der Verantwortung des Landes. Es entscheidet über die Schwerpunkte und über die Vergabe der Mittel. Die Kommunen und Schulträger sind es, die ihren Bedarf formulieren und die Anträge stellen müssen. Schließlich ist es die einzelne Schule, die mit ihrem Konzept überzeugen muss.

Wo Bildung im hohen Maße vor Ort verantwortet wird und sich an den ganz konkreten Ausgangsbedingungen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert, profitiert auch das Bildungssystem als Ganzes. Alle erfolgreichen Steuerungsmechanismen im Bildungsbereich stärken die lokale Verantwortung, setzen auf Eigenständigkeit und Selbständigkeit.

Es ist zumindest zu befürchten, dass die neue Minderheitsregierung die notwendige Gleichbehandlung zunichte macht und den Ganztagsausbau auf das Modell der Gemeinschaftsschule konzentriert. Es ist zumindest zu befürchten, Frau Beer.

(Beifall von der CDU)

Dies wäre zutiefst unfair, denn das Recht auf Ganztagsangebot haben alle Kinder an allen Schulformen. Es muss daher darauf geachtet werden, dass die Landesregierung den Ausbau von Ganztagschulen bedarfsgerecht weiterführt.

Ganztagschulen müssen nicht nur dort angeboten werden, wo Programme getestet werden, sondern auch dort, wo die Nachfrage stark ist. Ganztagschulen müssen im Rahmen aller weiterführenden Schulzweige zur Verfügung stehen, damit auch zukünftig Eltern und Kinder aller Schulformen auf eine Ganztagsbetreuung und Bildung zurückgreifen können.

(Beifall von der CDU)

Wenn die Landesregierung den Ausbau der Ganztagschulen nur auf Gemeinschaftsschulen kon-

zentriert, dann werden nicht nur andere Schulzweige geschwächt, sondern der Bildungsstandort Nordrhein-Westfalen als Ganzes. Das gilt es zu verhindern. Nordrhein-Westfalen muss den bisherigen Kurs zum Wohle der Kinder und ihrer Familien weiter ermöglichen.

Die CDU-Landtagsfraktion wird sich jedenfalls immer dafür einsetzen, dass auch zukünftig der Ganztagsausbau bei allen Schulformen gewährleistet wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Frau Preuß-Buchholz.

Iris Preuß-Buchholz (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da fragt man sich doch: Was soll dieser Antrag? Denn in diesem Hohen Haus ist doch eigentlich niemand gegen den Ausbau des Ganztages. Jetzt sind sogar Sie von der CDU und von der FDP dafür. Vor Jahren sah das noch ganz anders aus. Aber ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie dazu gelernt haben.

Was Sie aber hier versuchen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP ist nichts weiter, als möglichst viel Unruhe in die aktuellen Bestrebungen der Landesregierung zu bringen, im Schulbereich endlich eine solide Schulpolitik zu betreiben, die sich an den wirklichen Bedürfnissen der Kinder und Eltern ausrichtet

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und bei der alle Beteiligten mitgenommen werden.

Bei Ihrem Antrag kann man durch nur den alten Ricola-Spruch zitieren: „Wer hat es erfunden?“ Bei dem Prozess, auf vernünftige Weise einen offenen Ganztags hier in Nordrhein-Westfalen zu installieren, ist die SPD mit unserer Ministerin Ute Schäfer Vorreiterin gewesen. Da brauchen wir nicht Ihren Antrag, um an diesem Thema weiterzuarbeiten.

(Beifall von der SPD)

Das ist selbstverständlich, da es schon immer unser Anliegen war.

Wer auf Bundesebene das Betreuungsgeld einführen will, ist doch in der Realität immer noch nicht angekommen und hat immer noch nicht begriffen, was Eltern wollen und Kinder wirklich brauchen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Sie haben doch, als Sie hier mitregiert haben, eine Schulform der anderen vorgezogen, indem Sie viel Geld in eine Hauptschulkampagne gesteckt haben.

Und dann wurde diese Schulform trotzdem nicht mehr nachgefragt, weil es eben nicht an dem fehlenden Ganztags lag, sondern an den fehlenden Zukunftsperspektiven.

Wenn Ihnen das so wichtig war, was Sie jetzt hier in diesem Antrag vertreten, fragt man sich: Warum haben Sie es nicht umgesetzt, als Sie mit am Kabinettsstisch gesessen haben? Ich darf Sie daran erinnern, dass die SPD-Fraktion mit dem Antrag Drucksache 14/8078 die damalige Landesregierung aufgefordert hat, ihr Ganztagskonzept so zu flexibilisieren, dass es den Kommunen und den Schulen ermöglicht wird, den Ganztags nach örtlichen Begebenheiten und Bedarf einzuführen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollten schon immer eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und einen bedarfsgerechten Ganztags, aber für alle Schulformen. Nachdem sich das Programm in den Grundschulen bewährt hatte, sollte es an allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt werden.

Gestern ist von der Ministerin in der Aktuellen Stunde sehr deutlich gemacht worden, dass auch der Ganztags an Gymnasien weiter ausgebaut werden wird, weil auch dort natürlich durch die dilettantische Einführung des G8 noch größerer Handlungsbedarf besteht. Wir wollen eine Schule des Lernens und des Lebens. Dafür ist an allen Schulformen der Ganztags sinnvoll. Wir setzen auf Kooperation, wir setzen auf das Gespräch und wir setzen auf maßgeschneiderte Lösungen.

Zu Ihrer Zeit mussten die neugegründeten Gesamtschulen ohne Ganztags starten, weil er ihnen verwehrt wurde. Rot-Grün wird nun dafür sorgen, dass Schulen, die den Ganztags wollten, auch den Ganztags bekommen. Die Entscheidungen, wie und auf welche Weise es den Ganztags gibt, können in Abstimmung aller vor Ort getroffen werden. Wichtig ist, dass dort, wo Ganztags draufsteht, auch Ganztags drin ist, und zwar mit der notwendigen Kooperation mit Jugendhilfe, mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sport und Kultur, und nicht ein Ganztags light.

Wir brauchen Ganztagschulen, die für Kinder und Jugendliche ein gutes Lernklima bieten, dass sie sich gerne in der Schule aufhalten, Bibliotheken benutzen, Kurse und Angebote für eine individuelle Förderung gerne annehmen. Wir brauchen Ganztagschulen, die man nicht fluchtartig wieder verlässt, weil die räumliche Umgebung überhaupt nicht zum Lernen motiviert. So haben wir unser Programm schon immer verstanden. Aber wir können das gerne im Schulausschuss noch detaillierter diskutieren und stimmen deshalb der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe kurz vor dem Wochenende verbliebenen Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeine Heiterkeit)

In der letzten Legislatur hatte die Ministerin noch im Kopf, beim G8 samstags Unterricht anzubieten.

(Ralf Witzel [FDP]: Für die, die das wollten, Frau Beer!)

Sie hat sich dann auch für eine Ganztagsinitiative entschieden, und das war auch gut so.

Ich bedanke mich für den Beitrag von Herrn Wiedon; das möchte ich hervorheben.

(Beifall von der SPD)

Er hat hier eine Fachdebatte geführt und nicht in unsäglichlicher Weise wie Frau Pieper-von Heiden gesprochen, was sich leider auch in der Qualität des Antrags widerspiegelt.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Der Antrag hat drei Facetten, die ich gerne aufgreifen will.

Erstens geht es um das Abfeiern der eigenen Regierungstätigkeit und der Regierungsbeteiligung. Das ist Antragsritual und auch so weit in Ordnung. Ich finde nur, dass es dieses Thema wirklich verdient hätte, dass man es in der Breite betrachtet und bei dem anfängt, was das Land vorher getan hat und was vor allem auch die rot-grüne Bundesregierung mit dem Investitionsprogramm von 4 Milliarden € initiiert hat. Das war der große Auftakt für die Entwicklung der offenen Ganztagschule. Das war der eigentliche Schub.

Wir sollten uns einig sein, dass wir in der Bundesrepublik ein Ganztagschulentwicklungsland sind und noch sehr viel investieren müssen, wenn wir wirklich die Herausforderungen stemmen und bewältigen wollen. Dabei ist in der Tat sehr fatal, dass die Föderalismusreform die Kooperation zwischen Bund und Ländern unterbunden hat. Denn wir brauchen weitere Unterstützung durch den Bund, wenn wir Ganztagschulen so offensiv entwickeln wollen.

Ich bin übrigens ganz glücklich, dass viele Kontakte ins Land bestehen. Frau Ministerin Löhrmann hat gestern darauf hingewiesen, dass nicht nur Bürgermeister und Landtagsabgeordnete der CDU das Thema Gemeinschaftsschule gerne positiv begleiten möchten. Es gibt auch Vorsitzende eines Schulausschusses von der FDP, die in gleicher Weise agieren und den Kontakt suchen. Von daher ist die Wahrnehmung dessen, was die Landtagsfraktion fabriziert und was vor Ort gemacht wird, doch immer wieder erstaunlich und erfrischend anders.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Der zweite Teil des Antrags beschäftigt sich mit der bekannten Neurose in Bezug auf Gesamt- und zusätzlich Gemeinschaftsschule, die immer wieder von der FDP produziert wird. Das zeigt leider auch, dass Sie nie fachlich begriffen haben, dass der Gesamtschule ein pädagogisches Konzept zugrunde liegt, das grundsätzlich vom Ganzttag ausgeht.

Der Ganzttag ist ein Bildungskonzept – Herr Wiedon hat auch darauf hingewiesen –, bei dem es eben nicht nur um Betreuung und Versorgung geht. Er ist vielmehr ein pädagogisches Gefäß, das es möglich macht, anders zu unterrichten, eine andere Schulorganisation herbeizuführen und insgesamt ein anderes Bildungskonzept anzulegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht jede rot-grüne Gesamtschule war früher im Ganzttag!)

Deshalb gehört der Ganzttag zur Gesamtschule. Deshalb gehört der Ganzttag konzeptionell auch zur Gemeinschaftsschule.

(Ralf Witzel [FDP]: Welch subtile Begründung für Ressourcenprivilegien!)

Immer mehr Schulen anderer Schulformen entwickeln für sich dieses pädagogische Verständnis und legen Wert darauf, am Ganzttag teilnehmen zu können. Es ist auch das Programm der jetzigen Landesregierung, den Ganzttag weiter zu ermöglichen. Es gibt keine Restriktion. Aber dann muss es auch ein solches pädagogisches Konzept geben. Es muss sich in der pädagogischen Landschaft und bei den Schulen durchsetzen, dass es auch im offenen Ganzttag eine Verbindung geben muss, um pädagogisch multiprofessionell zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklungslinie sollten wir gemeinsam verfolgen.

Mir ist ganz wichtig, dass wir bei der Ganzttagsschulentwicklung auch Regelungslücken aufnehmen. Das Thema „Inklusion“ ist in der Fragestunde eben angesprochen worden. In der offenen Ganzttagsschule geht es zum Beispiel um das Thema, wie Kinder mit Behinderungen integriert sind. Hier haben wir im Augenblick eine Rechtslücke. Ich bitte sehr intensiv darum, dass wir das hinbekommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine Rechtslücke?)

– Herr Witzel, das ist Ihnen alles nicht bekannt. Die Kinder sind zum Teil nur aufgrund des guten Willens aller Beteiligten im Ganzttag. Daran müssen wir arbeiten. Inklusion gehört nicht nur in den Vormittag.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Sie ist ein Gesamtangebot der Anforderungen an die Schule. Das betrifft auch den Ganzttag. Dabei handelt es sich um eine der zusätzlichen Aufgaben. Die UN-Konvention zur Inklusion ist in der Tat schon eine ganze Weile in der Landschaft.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Eben!)

Aber der konkrete Umsetzungsplan erfordert jetzt sehr viel intensive Arbeit und ein Zusammengehen auf allen Ebenen: beim Inklusionsplan auf Landes- und kommunaler Ebene. Dafür sind Ressourcen notwendig, um ordentlich und konzeptionell gut zu arbeiten.

Die dritte Facette im Antrag ist ein bisschen Fachlichkeit. Er ist aber doch sehr von der ideologischen Käseglocke geprägt, unter der die FDP-Landtagsfraktion leider sitzt. Das zeigt der Duktus.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP] – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich esse gar keinen Käse! Ich bin allergisch dagegen!)

– Das macht nichts. Man kann trotzdem unter einer Käseglocke sitzen. Man sieht ganz deutlich, dass Sie sich nicht bewegt haben

(Lachen von Ralf Witzel und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Sören Link [SPD]: Man hört es auch!)

und leider immer noch die alten Muster bedienen. Das ist doch nicht im Sinne der Sache.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich esse keinen Käse! Käse macht mich krank!)

– Wenn Sie ohne Käse unter der Käseglocke sitzen, wundert mich das nicht. Das zehrt weiter aus. Sie sollten daran arbeiten, da herauszukommen an die frische politische Luft, Frau Pieper-von Heiden, damit Sie mal wahrnehmen, wie die Bedarfe im Land sind. Die Debatten, die Sie wie mit Ihrem ersten Beitrag führen, sind die Leute so etwas von leid.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Das merken Sie doch auch in Ihren Umfragewerten zur politischen Bewertung. Ich will es nicht noch einmal sagen, aber, Frau Pieper-von Heiden: Sie sind für die verfehlte Politik abgewählt worden, die Sie hier in den letzten Jahren fabriziert haben und die Sie jetzt versuchen weiterzuspinnen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Im Gegensatz zur SPD haben wir 0,6 % zugelegt!)

Aber es ist Ihre Verantwortung, das politische Ergebnis auch einzufahren, wenn Sie so weitermachen. Das kann uns nur gelegen sein.

Mir ist aber an einer fachpolitischen Debatte und daran gelegen, dass wir den Ganzttag gemeinsam weiterentwickeln, damit das gut gelingt. Es ist im Übrigen auch ein Anliegen der Bildungskonferenz gewesen – so habe ich es verstanden –, dass wir an einem Strang ziehen.

Alle, die einen Bedarf haben – so haben Sie es formuliert –, sollen zu ihrem Recht kommen und es entwickeln können. Sie verdienen vom Land alle Unterstützung dafür. Sie verdienen aber nicht sol-

che etwas verqueren, fachpolitisch unsauberen und ideologisch besetzten Anträge wie diesen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Lachen von Ralf Witzel und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der FDP möchte ich jetzt nicht bewerten. Vielmehr kommentiere ich die einzelnen Punkte.

Sie sagen, bisher seien Schulformen diskriminiert worden. Ich habe an einer Schulform unterrichtet, die Ihnen besonders am Herzen liegt, nämlich an einem Gymnasium, und zwar

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja!)

– das werden Sie nicht glauben – an einem Ganztagsgymnasium.

(Ralf Witzel [FDP]: Uns liegen alle Schulformen am Herzen!)

Dieses ist schon ganz lange Ganztagsgymnasium,

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist doch gut!)

und welche Schule auch immer den Ganztags führen wollte, konnte dies auch tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Unter Schwarz-Gelb, aber nicht vorher!)

Die Frage ist nur: Warum wollten die anderen Schulen keinen Ganztags? Warum haben sie keinen Antrag gestellt?

(Beifall von der LINKEN)

Es ist niemand diskriminiert worden. Vielmehr wurden Ganztagsgymnasien, die nämlich auch Kinder beschulten, deren Eltern meinten, dass sie in einer zusätzlichen pädagogischen Betreuung in der Schule besser aufgehoben seien, von den anderen eher etwas herablassend betrachtet. Man war eigentlich die bessere Schule, wenn man keinen Ganztags hatte. Es gab in Wuppertal auch den Spruch: Das Johannes-Rau-Gymnasium ist die Gesamtschule unter den Gymnasien. – Und wenn man sich so etwas an Gymnasien erzählt, dann ist das nicht positiv gemeint.

(Lachen und Beifall von Ralf Witzel [FDP]: Bravo! Da haben die Linken schon Erkenntnisse, die den Grünen noch fehlen!)

Ich habe mich extra an der Schule beworben, weil sie diesen Ruf hatte.

Der Landtag stellt fest – sagen Sie –, dass in der vergangenen Legislaturperiode das gebundene Ganztagsangebot massiv ausgeweitet wurde. Das stimmt. Es ist ausgeweitet worden. Ob es massiv ausgeweitet wurde, darüber kann man streiten. Aber das ist jetzt egal. Schließlich wollen wir uns jetzt nicht auf Kleinigkeiten kaprizieren.

Weiter heißt es in Ihrem Antrag: Der Landtag stellt fest, dass der bedarfsgerechte Ganztagsausbau fortgesetzt werden muss. – Auch das stimmt. Das Problem war nur: Er war leider, was die offenen Ganztagsgrundschulen anging, in der letzten Legislaturperiode gedeckelt. Ich saß im Rat der Stadt Wuppertal und war dort auch im Schulausschuss aktiv. Ich kann Ihnen sagen, wie viele Anrufe und wie viele Schreiben mich erreichten, ob man nicht eine zusätzliche Gruppe einführen könnte. Die Eltern haben uns die Bude eingerannt, aber es ging nicht.

Dann kommt Ihr dritter Punkt:

„Der Landtag stellt fest, dass es sich bei dem Ganztagsausbau um Angebote handeln muss und sich kein Zwang zum Besuch von Ganztagssschulen entwickeln darf, um Eltern auch zukünftig Wahlmöglichkeiten zu erhalten.“

Frau Pieper-von Heiden, ich sehe ganz neue Koalitionen auf uns zukommen. Denn ich habe gerade einen Antrag in den Schulausschuss eingebracht, der das Elternwahlrecht für die Sekundarstufe I fordert. Das bedeutet doch, dass Sie jetzt der Aufhebung der verpflichtenden Grundschulgutachten zustimmen müssen, sodass die Eltern wieder die Wahlmöglichkeit haben.

(Lachen von der FDP)

Sonst können Sie doch gar nicht umsetzen, was hier steht.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Und beim zweiten Punkt kaprizieren

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das hat sie nicht verstanden!)

Sie sich insbesondere auf die Möglichkeit der Flexibilisierung des Ganztagsangebots.

Also, ich probiere es noch einmal: Ich war an einem Gymnasium mit Ganztags. Da hat man von G8 und den damit zusammenhängenden Problemen nicht so schrecklich viel gemerkt, weil der Ganztags bereits lief. Nur, ich stelle mir vor, Eltern wären gekommen und hätten gesagt: Wir möchten nur den Halbtags. – Erklären Sie mir, wie Sie zurzeit G8 im Halbtags fahren wollen. Es haben im Rahmen des Konjunkturpakets II nämlich ausgerechnet die Kommunen Mittel erhalten, die die Übermittagsbetreuung usw. insbesondere an den Gymnasien verbaut haben. Das bedeutet, dass G8 gar nicht ohne Ganztags gefahren werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie jetzt hineinschreiben, die Eltern sollen zwischen dem einen und dem anderen wählen können, dann streuen Sie den Eltern schlicht und ergreifend Sand in die Augen.

(Sören Link [SPD]: Das hat die FDP noch nie gestört!)

Und deshalb ist das, was Sie hier abgeliefert haben, fachlich nicht besonders qualifiziert; da muss ich mich der Kollegin Beer anschließen. Ich hoffe jetzt hinsichtlich der Frage der freien Schulwahl sehr auf Ihre Unterstützung im Schulausschuss. Ich bin sehr gespannt. – Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie die meisten hier im Hause freue ich mich, dass wir uns weitgehend darüber einig sind, dass wir den Ganzttag in allen Schulformen ausbauen müssen; der Bedarf ist schließlich offensichtlich.

Heute besuchen über 30 % der Schülerinnen und Schüler eine Ganzttagsschule. Auch über die Ziele des Ganzttags sollten wir uns verständigt haben: Ganzttagsschulen sorgen für die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Ganzttagsschulen bieten eine umfassende Bildungsförderung. Im Ganzttag können Kinder und Jugendliche ihre Begabungen und Interessen, die zu Hause aus welchen Gründen auch immer nicht gefördert werden, entdecken und entfalten. Ganzttag ist – darauf habe ich auch schon als Oppositionspolitikerin hingewiesen – ein durchaus probates Mittel zur angemessenen Bewältigung des verkürzten Bildungsgangs G8 am Gymnasium. Ganzttagsschulen unterstützen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder.

Ganzttagsschulen sind ein nicht mehr wegzudenkendes Element regionaler Bildungslandschaften. Denn in Ganzttagsschulen ist etwas passiert – und das ist fast der größte Gewinn –: In Ganzttagsschulen arbeiten Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport und viele weitere Partner verlässlich zusammen. Damit hat sich Schule verändert. Damit ist eine andere Schulkultur entstanden, und das ist aus unserer Sicht, aus Sicht der Landesregierung, sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, es gab in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Entwicklungsstränge für den Ganzttag. Der Auf- und Ausbau der offenen Ganzttagsschule seit 2003, den SPD und Grüne nach Vorliegen der ersten PISA-Studie auf den Weg gebracht haben, war ein Quantensprung. Denn damit wurden die vorherigen Angebote „Schule von acht bis eins“, „13plus“ und viele andere Fördertöp-

fe, die nur sehr bürokratisch zu bewirtschaften waren, zusammengeführt und im Sinne der Pauschalierung ein flexibles und gut anwendbares Instrument geschaffen und umgesetzt.

Zweitens gab es das milliardenschwere Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes, das SPD und Grüne 2003 gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebracht haben. Und obwohl CDU und FDP das bekämpft haben, haben sie trotzdem im Sinne der Kinder und des weiteren Ausbaus von diesen Mitteln auch weiterhin profitiert.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es sehr, dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, diesen Weg in der letzten Legislaturperiode fortgesetzt und auch in der Sekundarstufe I den Ganzttag vorangebracht haben. So weit, so gut.

Leider muss ich jedoch im Antrag der FDP einige Unterstellungen entdecken, die ihm leider einen etwas unangenehmen Beigeschmack verleihen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Käseglocke! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Käsel!)

Deshalb stelle ich noch einmal klar: Selbstverständlich garantieren wir allen Ganzttagsschulen, die in der vergangenen Legislaturperiode eingerichtet worden sind, den weiteren Aufwuchs. Selbstverständlich werden wir den Ganzttag an allen Schulformen weiter ausbauen. Keine Schulform soll benachteiligt werden. Aber, meine Damen und Herren von der FDP, der Ganzttag eignet sich nicht als trojanisches Pferd für eine Debatte über Ihre Vorbehalte gegen die Gemeinschaftsschule.

Ich möchte in diesem Zusammenhang exemplarisch drei Versäumnisse der abgewählten schwarzgelben Regierung nennen:

CDU und FDP haben 2006 zwar die Lehrerstellenanteile der offenen Ganzttagsgrundschule verdoppelt. Die Fördersätze der offenen Ganzttagsgrundschulen haben sie aber trotz deutlicher Tarifsteigerungen auf dem Stand belassen, auf dem sie die Fördersätze 2005 vorgefunden haben. Dies hat zu Qualitätseinbußen und zur Reduzierung von Öffnungszeiten geführt.

Ich wundere mich, dass zu dem Thema „offene Ganzttagsgrundschule“ – das ist die Schule, die alle Kinder erreicht – in Ihrem Antrag nichts zu finden ist, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: CDU und FDP haben die Eltern, die ihre Kinder in einer der neuen Gesamtschulen angemeldet haben, systematisch benachteiligt. Sowohl die Eltern als auch die Schulen wollten den Ganzttag haben. Sie haben ihnen den jedoch aus ideologischen Gründen verwehrt; anders kann ich das nicht beschreiben. Dabei ging es nur um eine sehr geringe Zahl von Schulen.

Dritter Punkt: CDU und FDP haben zwar die Bildungspauschale erhöht, die Mittel aber aus der den Kommunen ohnehin zustehenden Investitionspauschale abgezweigt. Letztlich haben sie mit diesen Mechanismen die Kommunen an dieser Stelle alleingelassen.

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung will den Ganztags ausbauen. Dabei stellen wir uns auch den von Ihnen verursachten Problemlagen. Wir werden mit dem Nachtragshaushalt 2010 die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Die von Ihnen benachteiligten Eltern von Kindern an Gesamtschulen erhalten kurzfristig den gewünschten Ganztags.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch ein Wort zu den Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen als Ganztagschulen sagen. Diese Schulen stehen mit einer bewusst auf Heterogenität und Vielfalt und Verschiedenheit setzenden Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen. Der Ganztags ist in diesen Schulen daher keine Privilegierung; er ist vielmehr eine angemessene Unterstützung zur Erfüllung dieses besonders gesetzten pädagogischen Auftrags, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Witzel, ich finde es bemerkenswert – das haben wir in den letzten Tagen verfolgt –, dass Sie im Zusammenhang mit Schule und Bildungsausgaben von „Subvention“ sprechen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist peinlich!)

Ich finde das eine merkwürdige Begrifflichkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Für uns ist Bildung, gute Bildung ein Menschenrecht, und daher ist die Erfüllung des Bildungsauftrags, egal um welche Schule es sich handelt, aus unserer Sicht keine Subvention, sondern eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit auch in die Zukunft unserer Gesellschaft.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir werden die Fördersätze der offenen Ganztagschule um rund 14 % erhöhen. Und wir werden – auch das stärkt den Ganztags – auch unsere Kommunen wieder handlungsfähig machen. Das ist ein Punkt, der deutlich macht, dass wir die Dinge im Zusammenhang sehen.

Auch der Bund ist gefordert, meine Damen und Herren. Das seit 2005 bestehende Kooperationsverbot im Bildungsbereich muss aufgehoben werden. Ich freue mich, dass es zu meiner Initiative diesbezüglich – das hat ja in der Sommerpause eine große Rolle gespielt – aus allen politischen Parteien wachsende Unterstützung gibt. Ich freue

mich insbesondere, dass mir etwa Herr Kinkel ausdrücklich dazu einen Brief geschrieben hat.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit den Kommunen und den Schulen werden wir die Bedarfe für den weiteren Ausbau des Ganztags angehen. Dabei werden wir auch prüfen, mit welchen Formen sich die Ziele des Ganztags am Besten verwirklichen lassen. Auch im Rahmen der Bildungskonferenz könnte dazu eine Klärung erfolgen. Es ist Absicht der Regierung, mit dem Haushalt 2011, dem Haushalt, der den Politikwechsel auch auf den Weg bringen soll, erste Vorschläge dazu zu unterbreiten. – Herzlichen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Birkhahn das Wort. Ich glaube, auch das ist eine Jungfernrede.

(Allgemeiner Beifall)

Astrid Birkhahn (CDU): Herr Präsident! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Herren und Damen auf der Besuchertribüne, schön, dass Sie so lange noch ausharren. Wir beschäftigen uns mit einem Thema, das uns nicht nur in dieser Plenarwoche sehr stark beschäftigt und gefesselt hat, sondern das uns auch in den kommenden Wochen ganz viel Arbeit bringen wird. Es beschließt diese Plenarwoche. Von daher ist das Thema „Schule“ auch tragend für die weitere Arbeit.

Es ist viel gesagt worden über Urheberschaft und Verdienste. Wissen Sie, als ich den Antrag gelesen habe, hat es mich eigentlich gereizt, auf den Kern von Schule zu schauen – nicht in unserer Zeit, sondern es hat mich erinnert an der Kern von Schule in der Antike. In der Antike sagte man nämlich: Schule bedeutet Muße. – Man war der Meinung, dass man umfassende Bildung nur erlangen kann durch Muße für ruhiges Beobachten und Untersuchen, für verweilendes Konzentrieren, intensives Diskutieren und einen förderlichen Wechsel von Aktivität und Ruhe.

Heute sind wir ja viel moderner und sagen: Wir brauchen mehr Lernzeit, wir brauchen individuelle Förderung, wir brauchen die Chance zur Profilbildung, wir brauchen eine veränderte Rhythmisierung des Schulalltags. Schule ist nicht Instruktionsort, Schule ist Lern- und Lebensraum.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn ich diese Formulierung benutze, dann wird deutlich, dass die gebundene Ganztagschule genau diesen notwendigen Rahmen für die so beschriebene pädagogische Arbeit bietet.

Pädagogische Arbeit als Bildungs- und Erziehungsarbeit kann nicht nur in der Schule von Lehrkräften geleistet werden, sondern wir brauchen die Eltern als Partner in diesem Prozess. Wir dürfen sie nicht außen vor lassen. Die offene Ganztagschule nimmt die Eltern mit; denn sie erleichtert eindeutig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Gunhild Böth [LINKE]: Super!)

Wir haben von den Vorrednern gehört, wie wichtig es ist, diese Angebote nicht nur für einen kleinen Schülerkreis zu offerieren, sondern für eine größere Gruppe. Wir haben gehört, dass zum 1. August 2010 50 % der Hauptschulen, knapp 25 % der Realschulen, gut 20 % der Gymnasien und 95 % der Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb laufen. Das ist erst einmal ein positives Ergebnis; denn wir sind davon überzeugt, dass das pädagogisch sinnvoll ist. Der Weg ist richtig, aber wir sind noch nicht so weit, dass wir sagen können: Der Ausbau ist schon zu Ende gebracht.

Sie haben vorhin erwähnt, dass wir – Politik – den Kindern gerne verordnen wollen, den besten Weg zu gehen. Ich habe deutlich gemacht, dass es da auch die Partnerschaft mit den Eltern gibt. Und wenn Eltern sagen: „Wir wollen keinen starren Ganztagsbetrieb“, dann sind wir verpflichtet, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gute pädagogische Arbeit auch in anderen zeitlichen Abstufungen erfolgen kann.

(Beifall von der CDU)

Deswegen müssen wir den Ganztagsbetrieb so ausbauen, dass Familien Wahlmöglichkeiten haben, so, dass vor Ort den Gegebenheiten Rechnung getragen werden kann und wir mehr Flexibilität bekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Bei aller angedeuteten Schärfe in der Auseinandersetzung: Über diese Positionen besteht Konsens im Haus. Da brauchen wir uns nicht auseinanderzudividieren. Im Koalitionsvertrag der Minderheitsregierung heißt es: Wir wollen den Ausbau des Ganztags und flexible Modelle. – Von daher: Eine Seite meiner Rede ist eigentlich ganz auf Harmonie und Konsens gerichtet.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sorge macht mir: Wo wird denn an Ausbau und Flexibilität gedacht? Ich habe weitergelesen. Da steht: Wir möchten, dass die Gesamtschulen weiterhin den Ganztagsbetrieb bekommen. Wir möchten den Ganztagsbetrieb für neue Schulen im Schulversuch. – Meine Herren und Damen von der SPD und von den Grünen, entspricht das Ihrer Maxime von „Tun, was man sagt“, „Wir wollen den Ausbau von Ganztagsbetrieb und Flexibilität“? Ist das fair und auf Augenhöhe? Wir sehen hier eine parteiische Bevorzugung einzelner Schultypen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Nach unserem Verständnis ist es fair, eine Verbesserung der individuellen Förderung für Schülerinnen und Schüler durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs an allen Schulformen zu erreichen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Eine Politik auf Augenhöhe mit den Kommunen schließt nach unserem Verständnis die Berücksichtigung der Elternwünsche und der örtlichen Gegebenheiten ein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir diskutieren heute noch nicht abschließend über diesen Antrag, aber ich möchte doch ein Fazit ziehen: Der vorliegende Antrag eröffnet für die schulischen Organisationen einen Weg aus der starren Reglementierung hin zu mehr Flexibilität. Das begrüßen wir im Interesse der Familien und der Gemeinden ausdrücklich.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer zulassen?

Astrid Birkhahn (CDU): Sie merken doch an meiner Dramaturgie, dass ich jetzt zum Schlusssatz komme, aber dann gerne.

(Allgemeiner Beifall)

Wir werden im Ausschuss intensiv diskutieren. Ich bin gespannt, wie sich die anderen Fraktionen noch bewegen können; denn der Antrag ist nach meinem Dafürhalten eine Einladung an die Fraktionen der Minderheitsregierung, sich zu mehr Vielfalt in der pädagogischen Realität durchzuringen. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete Birkhahn, jetzt kommt die Frage der Frau Abgeordneten Beer.

Astrid Birkhahn (CDU): Sie wissen, dass das heute meine Jungfernrede ist. Es muss also eine Beißhemmung da sein.

Sigrid Beer (GRÜNE): Warum? Wer will denn beißen? Herzlichen Dank, dass Sie bei Ihrer Erstrede die Erstfrage zulassen.

Haben Sie irgendwo im Koalitionsvertrag gelesen, dass eine Schule, Schulform vom Ganztagsausbau ausgeschlossen wird, vorausgesetzt, dass sie den Ganztagsbetrieb möchte?

Astrid Birkhahn (CDU): Nein. Ich habe explizit erwähnt nur Gesamtschulen und Gemeinschafts-

schulen gefunden. Was man weglässt, ist aber auch eine Aussage.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Nein, da steht etwas anderes!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat ein gutes analytisches Verständnis bewiesen. Genau das ist es, was wir die letzten Jahre erlebt haben.

Uns als FDP-Landtagsfraktion sind drei Dinge wichtig, die drei Freiheiten: Zum Ersten muss die Frage des Ganztags ideologiefrei beantwortet sein. Zum Zweiten muss es Wahlfreiheit geben. Zum Dritten brauchen wir Privilegienfreiheit, was die unterschiedlichen Bildungsgänge angeht. Wichtig sind uns also: Ideologiefreiheit, Wahlfreiheit und Privilegienfreiheit.

Genau so ist es unter Rot-Grün früher nicht gewesen.

(Beifall von der FDP)

Weil die Welt eben nicht nur schwarz und weiß ist, sondern es auch grau gibt, findet jetzt jeder wechselseitig immer Einzelbeispiele für bestimmte Erscheinungsformen.

Wo standen wir 2005? Natürlich gab es da auch mal ein Ganztagsgymnasium, Frau Böth, es gab auch irgendwo mal eine Ganztagsrealschule, das lag aber im kleinen einstelligen Prozentbereich.

(Gunhild Böth [LINKE]: Warum wohl?)

Auf der anderen Seite waren über 95 % der Gesamtschulen im Ganztag.

Finanzielle Mittel sind nun einmal nicht endlos. Auch wenn Schwarz-Gelb so viele Ressourcen zusätzlich für Bildung mobilisiert wie keine andere Landesregierung in Deutschland, auch wenn wir da einen Anteil am Haushaltsvolumen von über 40 % erreicht haben, den Rot-Grün in früheren Haushalten nie hatte, wissen wir: Man muss vernünftig mit Ressourcen umgehen, es gibt Ressourcenknappheit, Ressourcen sind nicht unendlich. Wir haben daher gesagt, gerade zum Zwecke der Gleichberechtigung von Schulformen: Wenn die eine Schulform zu über 95 % im Ganztag ist, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Hendricks zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich. Immer gern.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Abgeordnete Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Witzel, Sie haben darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, bestimmte Dinge zu analysieren. Ich bitte Sie, doch mal zu analysieren, warum so viele Schulen eben keinen Antrag auf Ganztag gestellt haben. Was sagen Sie dazu?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön. – Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Die Frage möchte ich Ihnen sehr gerne beantworten, Frau Hendricks, weil ich sie für fachlich sehr berechtigt halte. Eigentlich gibt der Antrag Ihnen eine ganz wichtige Antwort darauf.

Frau Hendricks, ich will doch gerade auf Ihre Frage antworten. Mit Herrn Körfges kann ich nicht mithalten, aber es ist zumindest eine Frage der Höflichkeit, Ihre Frage zu beantworten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wenn Sie das einsehen, Herr Witzel, das ist doch schon was!)

– Frau Hendricks vermittelte mir sehr klar den Eindruck, mehr Interesse an Gesprächen mit Ihnen zu haben als an der Beantwortung meiner Frage. Ich möchte es trotzdem tun, zumal sich Frau Hendricks nun freundlicherweise mir zugewandt hat.

(Renate Hendricks [SPD]: Multitasking nennt man das!)

Frau Hendricks, Sie wissen, dass wir in der letzten Legislaturperiode unter schwarz-gelber Verantwortung über 200 Schulen – Realschulen und Gymnasien – neu in den Ganztag gebracht haben. Um diese Aufgabe in der Kürze der Zeit zu stemmen, haben wir in der Tat von den Schulen erwarten müssen, sich nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip zu entscheiden, ob sie ein ganz klar festgelegtes Konzept mittragen wollen oder ob sie nach einer Abwägung zu dem Ergebnis kommen, dies nicht zu tun.

Uns war die Rückmeldung aus den Schulen sehr wichtig. Die Schulkonferenzen haben bei grundsätzlichen Fragen der Ausrichtung des Schulbetriebs für uns eine ganz wichtige Entscheidungsfunktion – anders, als die heutige Landesregierung dies bewertet. Wir geben ehrlich zu – das haben wir damals gesagt, Sie können es in Protokollen früherer Plenardebatten nachlesen, und wir sagen es auch heute in dem Antrag –: Wir haben noch nicht alle Potenziale im Ganztagsbereich heben können, weil Schulen genau vor die Alles-oder-nichts-Frage gestellt waren, Frau Hendricks.

Nun treten wir in die nächste Phase ein, in der wir mit dem Aufwuchs, den wir in der letzten Zeit erreicht haben, zu einer stärkeren Ausdifferenzierung kommen können. Wir verlangen den Schulen nun nicht mehr eine Generalentscheidung ab, wie sie ihren Betrieb organisieren will, sondern wir müssen gerade in Zeiten des demografischen Wandels, in dem es zukünftig sicherlich weniger Schulstandorte geben wird, gucken, dass wir mehr Vielfalt an den einzelnen Standorten anbieten,

(Beifall von der FDP)

was die Frage Ganztags bei G8, G9 oder überhaupt den Betrieb von Schulen der Sekundarstufe I angeht.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Ralf Witzel (FDP): Deshalb halten wir es jetzt für richtig, unter den Kriterien, die ich genannt habe, in die nächste Phase einzutreten.

Damit komme ich zu meinem allerletzten Hinweis. Frau Löhrmann – Sie haben das eben angesprochen –: Natürlich gab es auch früher Ganztagschulen. Ich habe bereits in früheren Legislaturperioden mit Ihnen im Schulausschuss dieses Hauses gesessen. Sie waren damals nicht Ministerin; wir beide saßen da als Abgeordnete. Damals haben wir vonseiten der Opposition, CDU und FDP, im Zuge von Haushaltsberatungen Anträge gestellt und gesagt: Gebt doch auch mal den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien die Chance, verstärkt in den Ganztags zu kommen. – Das ist von Ihrer Seite abgelehnt worden. Damals gab es keinen Fonds, sodass auch mal eine interessierte Realschule oder ein interessantes Gymnasium in den Ganztags gehen konnte. Es gab einzelne, die in der Vergangenheit irgendwann einmal genehmigt worden sind, die sind fortgeführt worden, aber es gab keine Erweiterungsmöglichkeit. Die haben Sie in der Tat als Privileg für ganz bestimmte Schulformen vorgesehen. So machen Sie es jetzt im Bereich Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule auch. Das finden wir nicht richtig.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Ralf Witzel (FDP): Wir wollen die Frage des Ganztags ideologiefrei sehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort

Gunhild Böth (LINKE): Herr Witzel, Sie machen mir langsam Kopfzerbrechen. Was wollen Sie denn nun? Bei Ihrem heutigen Antrag sagen Sie, Sie wollen Vielfalt. Wenn aber die Ministerin sagt, sie will den Eltern noch eine andere Schulform anbieten, sagen Sie, das ist Teufels Werk. Ich glaube, in dieser Frage sollten Sie, was Ihre Strategie angeht, unbedingt und ganz dringend noch einmal in sich gehen.

Ansonsten verzichte ich darauf, noch einmal auf all das einzugehen, was Sie jetzt wieder falsch dargestellt haben, und wünsche allen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der LINKEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Die FDP sitzt nicht nur unter der Käseglocke, die produziert auch Käse!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf zwei Hinweise reagieren.

Sowohl FDP als auch CDU sagen jetzt, dass sie beim Ganztags flexiblere Möglichkeiten wünschen.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt!)

– Jetzt! – Vor diesem Hintergrund wundert es mich wirklich sehr, warum Sie in der vergangenen Legislaturperiode Einzelwünsche von Schulen und Städten, das zu tun, so massiv blockiert haben. Das wundert mich wirklich sehr.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür!)

– Die CDU hat ja jetzt auch gesagt, dass sie es will. Von daher muss ich feststellen, dass sich in der vorigen Regierung offenbar jemand über die Wünsche des Parlamentes maßgeblich hinweggesetzt hat. Ich weiß das so genau, weil sich zum Beispiel in der Heimatstadt von Frau Preuß-Buchholz und mir zwei Gymnasien eine Pauschale teilen wollten, was trotz vielfacher Bemühungen, das anders zu gestalten, politisch nicht durchsetzbar war. Ich will jetzt nicht mutmaßen, wer da als Reiter im Lande unterwegs war; da haben wir alle unsere Vorstellungen. Wir wollen solche Möglichkeiten erweitern, aber trotzdem den Grundgedanken beibehalten, dass Ganztags das Gefäß Zeit erweitert, um vielfältige Bildungsangebote zu machen.

Ich habe hier eben sehr deutlich gesagt – sollten Sie das dem Koalitionsvertrag nicht entnommen haben, Frau Kollegin –, dass es den Ausbau des Ganztags an allen Schulformen geben wird. Ich wiederhole es und werde es auch gerne noch häufiger sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Witzel, 2003 haben wir in Zeiten sehr knapper Haushaltsmittel eine Leitentscheidung getroffen, eine Priorität gesetzt. Das muss man nämlich manchmal tun. Wir haben uns damals bewusst für den Ausbau des offenen Ganztags in der Grundschule entschieden.

(Ralf Witzel [FDP]: Und zugleich gegen die weiterführenden Schulen!)

– Die Grundschule ist nicht die Sek I. – Dafür haben wir uns ausdrücklich entschieden, nicht nur, um das Fundament – die Grundschule – zu stärken, sondern auch, weil Eltern, die eine dreijährige Kita als verlässliches Instrument wahrgenommen und erlebt haben, uns vielfach gesagt haben: In der Grundschule fängt es dann an, dass nicht einmal die verlässliche Betreuung und die verlässliche Bildung der Kinder gewährleistet ist. – Insofern wollten wir an die Bildungskette von unten nach oben anknüpfen. Es war die Entscheidung im Rahmen knapper Haushaltsmittel, die Primarstufe zu stärken und in der nächsten Legislaturperiode das Ziel zu verfolgen, auch in der Sekundarstufe I voranzukommen. Ich habe eben ausdrücklich Ihr diesbezügliches Verhalten gewürdigt und hoffe doch, dass wir gemeinsam mittun, den Ganztags in allen Schulformen weiter auszubauen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/218** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte

ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist das einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe die **nächste Sitzung** ein für Mittwoch, den 10. November 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen nicht nur einen angenehmen Nachmittag, sondern auch ein schönes Wochenende. Am Sonntag ist der Tag der Deutschen Einheit. Vor 20 Jahren ist Deutschland wieder zusammengewachsen. Wir feiern den Tag der Einheit in diesem Jahr also zum 20. Mal. Die Landesregierung in Bremen veranstaltet dazu einen großen Festakt – dieser wird im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen stattfinden –, an dem ich teilnehmen und versuchen werde, Sie alle würdig zu vertreten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:51 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.